

17.Mai 2006

Bundesvereinigung protestiert gegen FLugsicherungsgesetz

Am Freitag soll der Bundesrat über das Flugsicherungsgesetz entscheiden – ein Gesetz, das mittelbar zu einer erheblichen Zunahme des Fluglärms vor allem im weiteren Umfeld von Verkehrsflughäfen führen kann.

Die Bundesvereinigung hat daher die Ministerpräsidenten der besonders betroffenen Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg angeschrieben und sie gebeten, das Gesetz im Bundesrat abzulehnen und damit eine erneute Diskussion im Bundestag zu veranlassen. Sie begründet dies mit einer ungenügenden Berücksichtigung von Lärmschutzbelangen bei der Flugroutenplanung und -festlegung. Beispielhaft führte sie das Urteil des VGH Kassel zu den Flugroutenverlegungen über Mainz und Wiesbaden auf, in dem aufgrund der angeblich nicht gegebenen Unzumutbarkeit des Fluglärms ein Schutzbedürfnis der dortigen Bevölkerung verneint wurde; eine sorgfältige Prüfung und Abwägung sei daher nicht erforderlich. Somit besteht auch kein Schutz vor vermeidbarem Fluglärm. Das Gesetz bietet diesbezüglich keine Verbesserung; vielmehr ist zu befürchten, dass das Erreichen des Ziels, lärmärmere Flugverfahren und -routen zu planen und einzuführen, allein schon an der künftig fehlenden Planungskompetenz des Staates und der nicht gegebenen Weisungsbefugnis gegenüber den Planungsabteilungen der Deutschen Flugsicherung (DFS) scheitern wird. Es ist zu befürchten, dass die DFS künftig Flugverfahren unter der Prämisse der Wirtschaftlichkeit planen wird; die Bundesvereinigung sieht kaum rechtliche Möglichkeiten, Flugverfahren und -routen nicht durch Rechtsverordnung festzusetzen, sofern sie nicht mit extremen Fluglärmbelastungen für bisher weniger Belastete verbunden sind. Angesichts der großen Belästigungswirkung auch mäßigen Fluglärms hält es die Bundesvereinigung für unabdingbar, dass alle möglichen Ansätze zur Fluglärminderung energisch verfolgt werden – dazu gehört auch die Vorgabe des Vorrangs des Lärmschutzes vor der Wirtschaftlichkeit im Flugsicherungsgesetz.

Dr. Berthold Fuld
Stellvertretender Vorsitzender
Bundesvereinigung gegen Fluglärm

Nachfragen unter 06172 928928